**Niederschrift
zur Sitzung des Hauptausschusses des Amtes Geest und Marsch
Südholstein (öffentlich)**

Sitzungstermin: Dienstag, den 07.11.2017

Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr

Sitzungsende: 21:55 Uhr

Ort, Raum: Amt Geest und Marsch Südholstein - Sitzungssaal - ,
Amtsstraße 12, 25436 Moorrege (rückwärtiger
Eingang)

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Hans-Joachim Ba-
naschak CDU

Frau Bürgermeisterin Ute Ehmke GuB

Herr Bürgermeister Rolf Herrmann
CDU

Herr Ernst-Heinrich Jürgensen SPD

Herr Bürgermeister Jürgen Neumann Vorsitzender
CDU

Herr Bürgermeister Reinhard Pliquet
SPD

Frau Bürgermeisterin Monika Riekhof ab 18.45 Uhr
CDU

Herr Bürgermeister Walter Reißler CDU

Herr Bürgermeister Uwe Schölermann
CDU

Herr Bürgermeister Karl-Heinz Weinberg
CDU

Außerdem anwesend

Herr Dirk Behnisch SPD

Herr Werner Fitzner FDP

Herr Uwe Hüttner CDU

Frau Jutta Kaufmann FDP

Herr Gunter Kuchler FWH

Herr Hans-Peter Lütje CDU

Herr Georg Plettenberg CDU

Herr Karsten Schröder Fa. Scutum Solutions
zu TOP 1

Herr Dietmar Voswinkel SPD

Gäste

Zuhörer

Presse

Regionalausgabe Pinneberg
Wedel-Schulauer Tageblatt

Herr Pöhlsen
Herr Stolzenberg

Protokollführer/-in

Herr Jens Neumann

Verwaltung

Frau Nicole Förthmann

Personalratsvorsit-
zende

Herr René Goetze

Fachbereich
Bauen und Lie-
genschaften

Herr Rainer Jürgensen
Frau Christine Neermann

Amtsdirektor
Gleichstellungsbeauf-
tragte

Entschuldigt fehlen: ./.

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 25.10.2017 einberufen. Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden.

Der Hauptausschuss ist beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich. Zu Punkt 11 der Tagesordnung wird die Öffentlichkeit ohne Aussprache ausgeschlossen.

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

Die Beratung über die laut Einladung ausgewiesenen beiden Tagesordnungspunkte 9 „*Beschlussfassung über An- und Umbau bzw. Neubau des Amtshauses*“ sowie 9.1. „*Antrag der FW Hetlingen zum An- bzw. Neubau des Amtshauses*“ wird in der Reihenfolge getauscht.

Die Tagesordnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung:**

Tagesordnung:

1. Sicherheit im Amtsgebäude; Bericht durch Herrn Schröder von der Fa. Scutum Solutions
2. Berichte der Bürgermeister aus ihrer Gemeinde
3. Bericht des Amtsdirektors
4. Einwohnerfragestunde

5. Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung
6. Information über geringfügige Haushaltsüberschreitungen im 1. Halbjahr 2017
Vorlage: 0038/2017/AMT/BV
7. Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen
Vorlage: 0039/2017/AMT/BV
8. Öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Regelung des Aufgabenbestandes des Abwasser-Zweckverbandes Pinneberg (künftig Abwasser-Zweckverband Südholstein) sowie zur Vereinbarung einer neuen Verbandssatzung
Vorlage: 0042/2017/AMT/BV
9. Antrag der FW Hetlingen zum An- bzw. Neubau des Amtshauses
Vorlage: 0044/2017/AMT/BV
- 9.1. Beschlussfassung über An- und Umbau bzw. Neubau des Amtshauses
10. Verschiedenes
- Möbel aus dem Dörpshus Neuendeich
- 10.1.
- Berichte der Bürgermeister
- 10.2.

Protokoll:

zu 1 Sicherheit im Amtsgebäude; Bericht durch Herrn Schröder von der Fa. Scutum Solutions

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Schröder von der Fa. Scutum Solutions, der die Sicherheitssituation im Amtshaus in Augenschein genommen hat. Auslöser für die Initiative der Fa. Scutum Solutions war die öffentliche Berichterstattung über die zunehmende Problematik mit sogenannten Reichsbürgern im Amtsbereich.

Herr Schröder stellt sich und die Fa. Scutum Solutions kurz vor. Die Fa. Scutum Solutions hat ihren Sitz in der Gemeinde Appen und sich auf Personenschutz und Sicherheitsanalysen spezialisiert. Zu den Dienstleistungen der Firma gehören u.a. umfassende Gefährdungsanalysen und Sicherheitsberatungen.

Aufgrund der Berichterstattung in der Presse über zunehmende Schwierigkeiten mit sogenannten Reichsbürgern und schwierigen Klientel hat sich Herr Schröder auf eigene Initiative aus Sicht eines Fachunternehmens ein Bild von der Sicherheitssituation im Amtsgebäude gemacht und anschließend den Kontakt zur Verwaltungsleitung hergestellt.

Zunächst gibt Herr Schröder einen Überblick über die steigende Problematik mit Reichsbürger. In der Vergangenheit haben sich besonders bei Ver-

waltungen und öffentlichen Einrichtungen (z.B. bei Vollstreckungsmaßnahmen, baurechtlichen Verfahren, ordnungsrechtlichen Maßnahmen oder Zahlungsschwierigkeiten) immer wieder Vorfälle mit gewaltbereiten Bürgern ereignet. Derartige Vorfälle nehmen zu, wie aktuelle Ereignisse zeigen. Die Problematik beschränkt sich nicht nur auf die sogenannten Reichsbürger, sondern die Schwelle der Konfliktbereitschaft ist generell niedriger geworden.

Unter diesem Hintergrund wurde die Amtsverwaltung näher betrachtet. Die Sicherheitsvorkehrungen im derzeitigen Amtsgebäude bezeichnete Herr Schröder in vielen Bereichen als unzureichend. Von den meisten Arbeitsplätzen aus gebe es keine sicheren Fluchtwege, sollte ein schwieriger Kunde dort Beschäftigte bedrohen. Es gebe außerdem kein Notrufsystem, keinen Ablaufplan für gefährliche Zwischenfälle und nach Rücksprache mit dem Personal auch kein Deeskalierungstraining. Zum Teil gibt es unkontrollierte oder einfache Zugangsmöglichkeiten im Gebäude.

Herr Schröder appelliert, dem Sicherheitsaspekt dringend eine größere Bedeutung zukommen zu lassen. Die Zeiten haben sich geändert und die Konfrontationen nehmen zu. Die Verwaltung muss kein „Hochsicherheits-trakt“ werden, sondern die Sicherheit für die Mitarbeiter und Kunden sollte deutlich verbessert werden.

Herr Schröder regt unter dem Aspekt der Sicherheit eine räumliche Bedarfs- und Kostenanalyse an.

Bgm Weinberg bittet, die Situation nicht zu dramatisieren und möchte wissen, über wie viele derartige Fälle in der Amtsverwaltung gesprochen wird. AD Jürgensen teilt mit, dass es in diesem Jahr bereits zwei Fälle mit besonders schwierigen Bürgern gegeben hat, bei denen ein Hausverbot unter Hinzuziehung der Polizei ausgesprochen wurde.

Auf die Frage, wie die Situation in anderen Verwaltungen des Kreises aussieht, erklärt Herr Schröder, dass beispielsweise der Kreis Pinneberg den Eingangsbereich und die Besucherlenkung im Kreishaus durch zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen und Notfallpläne verbessert hat.

Bgm Neumann dankt Herrn Schröder für die interessanten Ausführungen. Die Sicherheit der Mitarbeiter und Kunden sollte zukünftig auch in der Amtsverwaltung eine höhere Priorität erhalten.

zur Kenntnis genommen

zu 2 Berichte der Bürgermeister aus ihrer Gemeinde

Aus den amtsangehörigen Gemeinden wird wie folgt berichtet:

Bgm Schölermann / Gemeinde Haseldorf:

- Eine Öffentlichkeitsveranstaltung zum Thema Glasfasernetz ist geplant.
- Ein Dorfentwicklungskonzept wurde auf den Weg gebracht. Eine Öffentlichkeitsveranstaltung ist im November beabsichtigt.

Bgm´in Ehmke / Gemeinde Groß Nordende:

- Das 40-jährige Bestehen des Sportvereins wird gefeiert.

Bgm Jürgensen / Gemeinde Heidgraben:

- Die Arbeiten für die Sanierung der sanitären Anlagen aus dem Sonderförderprogramm sind angelaufen
- Die Planung für die Beschaffung eines neuen Feuerwehrfahrzeugs hat begonnen.
- Ein neuer Spielplatz wird in der Gemeinde Heidgraben gebaut.
- Am Freitag, den 1. September konnte im Gemeindebüro in der Zeit von 16 - 18 Uhr keine Verbindung mit der EDV hergestellt werden, da an den Servern gearbeitet wurde. Die Leistungen im Gemeindebüro waren erheblich eingeschränkt. Bgm Jürgensen bittet, zukünftig zu berücksichtigen, dass in den Außenstellen die EDV-Nutzung möglich ist. AD Jürgensen erklärt, dass von Freitag-Nachmittag bis einschließlich Samstag dringend notwendige Arbeiten an der Serveranlage erforderlich waren. Diese Einschränkung war ein Sonderfall.

Bgm Pliquet / Gemeinde Neuendeich:

- Ein neues Feuerlöschfahrzeug wurde beauftragt.
- Für das Dörpshus wurde neues Mobiliar bestellt.
- Momentan läuft eine Wirtschaftswegesanieierung auf eigene Kosten der Gemeinde an.
- Für den Ausbau des Glasfasernetzes haben Gespräche mit dem Planer stattgefunden.
- Die Straßenbeleuchtung wird verbessert.

Bgm Banaschak / Gemeinde Appen:

- Das neue Feuerwehrfahrzeug wurde geliefert.
- Aufgrund des Sturms hatte die Feuerwehr Appen zahlreiche Einsätze.
- Bei der Erweiterung der Grundschule Appen ergeben sich im Zuge des Baues weitere neue Baustellen
- Die Planung für den Neubau des Kindergarten schreiten voran

Bgm Weinberg / Gemeinde Moorrege:

- Die Firma Ossenbrüggen verdoppelt ihre Kapazitäten. Neue Arbeitsplätze werden erwartet.
- Die Fa. Nordmark plant, auf Moorreger Seite zu expandieren.
- Die Mensa in der Gemeinschaftsschule wurde fertiggestellt und läuft.
- Der Anbau an der Grundschule für die Betreuung wurde eingeweiht.
- Die Sanierung der Schultoiletten aus dem Förderprogramm hat begonnen.
- Die Herrichtung eines Parkplatzes an der Grundschule ist angelaufen.
- In der Straße „Am Schloss“ erfolgt eine Sanierung der Fußwege und der Straßenbeleuchtung
- Aufgrund der zahlreichen Sturmschäden ist eine Besichtigung der gemeindlichen Waldflächen mit dem Förster beabsichtigt.
- In der Straße „Klöterberg“ ist die Überplanung eines Innenbereiches mit Wohnbauflächen beabsichtigt.
- Die Lieferung eines Feuerwehrfahrzeugs ist beauftragt. Die Förderhöhe hat sich deutlich verbessert.

- Zum Thema Glasfaserausbau in der Gemeinde Moorrege ist eine Informationsveranstaltung geplant die voraussichtlich erst im Januar stattfinden kann. Der genaue Termin wird noch abgestimmt.

Bgm Herrmann / Gemeinde Haselau

- Bezüglich des Ausbaues des Glasfasernetzes hat eine Abstimmung mit dem Planer stattgefunden
- Die Suche nach einem neuen Standort für den Bauhof stellt sich als problematisch dar, da sich verschiedene baurechtliche Schwierigkeiten ergeben. Gespräche mit dem Kreis sind beabsichtigt.
- Nach Presseinformationen aus statistischen Erhebungen sollen die Bürger der Gemeinde Haselau im Durchschnitt über das höchste Einkommen im Kreis Pinneberg verfügen. Wie die Zahlen ermittelt wurden, ist nicht bekannt.

Bgm´in Riekhoff / Gemeinde Hetlingen

- Die Sanierung der Heizungsanlage in der Mehrzweckhalle verursacht Kosten in Höhe von rd. 90.000 €.
- Das Schultoilettensanierungsprogramm startet auch in der Gemeinde Hetlingen
- Verschiedene Fußwege wurden in der Gemeinde aufgenommen, da die Telekom aktiv ist.
- Verschiedene B-Pläne sind am Laufen.

Bgm Reißler / Gemeinde Holm

- Für die Feuerwehr wurde ein Mannschaftstransportfahrzeug beschafft.
- Die Deckensanierung der B 431 von Holm bis Wedel beschäftigt die Bürger und die Gemeinde. Der letzte Bauabschnitt hat begonnen.
- An der Uetersener Straße plant die Gemeinde die Ausweisung eines Mischgebietes.
- In der Straße „Im Sande“ werden drei unterirdische Glassammelstationen eingerichtet. Durch die unterirdische Ausführung wird eine Lärmreduzierung erwartet.
- Die Genehmigung für den Mehrgenerationenplatz steht noch aus

Bgm Neumann / Gemeinde Heist:

- Bei dem Sturm wurde festgestellt, dass die Feuerwehr zu Einsätzen gerufen wurde, obwohl keine konkrete Gefährdungslage bestanden hat. Auf Kosten der Gemeinde sollte eine Baumfällaktion erfolgen, die von der Feuerwehr abgelehnt wurde.
- Für die Versorgung der Grundschule mit Wärme aus der örtlichen Biogasanlage wurden die vertraglichen Vereinbarungen geschlossen.
- Für die Erweiterung der Kindertagesstätte haben Grundstücksverhandlungen stattgefunden.
- Bezüglich des Glasfaserausbaus werden die Gemeinden Haselau und Haseldorf als sogenannte „weiße Flecken“ voranschreiten. Es besteht Einigkeit, dass alle Gemeinden versorgt werden sollen, auch wenn es bei den vorhandenen Randbedingungen von Land und Bund nicht ganz einfach ist.

zu 3 Bericht des Amtsdirektors

Amtsdirektor Jürgensen berichtet laut **Protokollanlage 1**.

zur Kenntnis genommen

zu 4 Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende, Herr Neumann geht davon aus, dass das Interesse der erschienen Einwohnerinnen und Einwohner im Wesentlichen der Beratung zum Anbau bzw. Neubau des Amtshauses gilt.

Sofern die Mitglieder des Hauptausschusses keine Einwände haben, wird angeboten, dass unter Tagesordnungspunkt 9 und 9.1 auch Einwohnerfragen zu dem Thema in angemessenem Umfang zugelassen werden.

Die Mitglieder des Hauptausschusses stimmen dieser Verfahrensweise zu.
-einstimmig-

- Ein Einwohner teilt mit, dass an den Containerstationen die Flaschen nicht abgeholt wurden und nun Flaschen neben den Containern abgestellt werden. Herr Neumann erklärt, dass ein Wechsel in der Entsorgungsfirma stattgefunden hat. Dieser Wechsel beruht auf einer öffentlichen Ausschreibung der Gesellschaft für die Abfallentsorgung im Kreis Pinneberg (GAB). Die GAB hat die Entsorgungsfirma bereits schriftlich aufgefordert, die Mängel in der Abfallentsorgung an den Containerstationen kurzfristig zu beheben. Eine Besserung wird erhofft.

zu 5 Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung

Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

zu 6 Information über geringfügige Haushaltsüberschreitungen im 1. Halbjahr 2017

Vorlage: 0038/2017/AMT/BV

Der Vorsitzende verweist auf die geringfügigen Haushaltsüberschreitungen des I. Halbjahres 2017, die sich laut **Protokollanlage 1** auf 2.500,38 € belaufen.

Die Information des Amtsvorstehers nach § 4 der Haushaltssatzung für das I. Halbjahr 2017 wird zur Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

zu 7 Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen
Vorlage: 0039/2017/AMT/BV

Die zu genehmigenden Haushaltsüberschreitungen belaufen sich gemäß **Protokollanlage 2** mit Stand vom 23.10.2017 im Verwaltungshaushalt auf 6.629,83 €. Im Vermögenshaushalt liegen keine Überschreitungen vor. AD Jürgensen erklärt, dass die höheren Wahlkosten insbesondere auf die deutliche Zunahme der Briefwähler bei der diesjährigen Landtags- und Bundestagswahl zurückzuführen sind.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt, die Haushaltsüberschreitungen im Verwaltungshaushalt mit 6.629,83 € zu genehmigen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 8 Öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Regelung des Aufgabenbestandes des Abwasser-Zweckverbandes Pinneberg (künftig Abwasser-Zweckverband Südholstein) sowie zur Vereinbarung einer neuen Verbandssatzung
Vorlage: 0042/2017/AMT/BV

AD Jürgensen verweist auf die ausführliche Sitzungsvorlage.

Die Gemeinden Haselau und Haseldorf hatten die Aufgabe „Abwasserbeseitigung“, die die Übernahme des gesammelten gemeindlichen Schmutzwassers aus den gemeindlichen Misch- und Schmutzwasserkanalisationsanlagen, den Transport des zentral gesammelten Schmutzwassers zu der zentralen Kläranlage in Hetlingen des Zweckverbandes, die Behandlung des Schmutzwassers, das Entwässern des Klärschlammes und die Einleitung in oberirdische Gewässer beinhaltet, an das damalige Amt Haseldorf übergeben. Nach der Eingliederung der Gemeinden in das Amt Geest und Marsch Südholstein ist das Amt Rechtsnachfolger der Aufgabenübertragung geworden. Das Amt Haseldorf selbst hatte diese Aufgabe der Abwasserbeseitigung in Teilfunktion wiederum an den AVE beim Abwasser-Zweckverband Pinneberg übertragen.

Aufgrund verschiedener Aufgabenübertragungen und Veränderungen des Aufgabenbestandes ist der AZV gezwungen die Verbandssatzung sowie den öffentlich-rechtlichen Vertrag neu zu regeln. In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration wurden die

neuen vertraglichen Grundlagen entworfen, um dem Verband eine sichere rechtliche Grundlage für die Zukunft zu geben.

Damit der AZV Pinneberg seine Aufgaben auf einer rechtssicheren Grundlage erfüllen kann, ist die Zustimmung aller Verbandsmitglieder zu dem im Entwurf vorliegenden öffentlich-rechtlichen Vertrag erforderlich. Die Verbandsversammlung kann dann auf dieser Grundlage die neue Verbandsatzung beschließen.

Aufgrund der beschriebenen Aufgabenübertragung der Gemeinden Haselau und Haseldorf an das Amt, hat der Amtsausschuss des Amtes Geest und Marsch Südholstein als Aufgabenträger über das neue Vertragswerk zu entscheiden.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt den öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Regelung des Aufgabenbestandes des Abwasser-Zweckverbandes Pinneberg sowie zur Vereinbarung einer neuen Verbandsatzung und ermächtigt den Amtsdirektor, den Vertrag auszufertigen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 9 Antrag der FW Hetlingen zum An- bzw. Neubau des Amtshauses Vorlage: 0044/2017/AMT/BV

AD Jürgensen erläutert den an den Amtsausschuss gerichteten Antrag der Freien Wahlgemeinschaft Hetlingen zum Thema Neubau/Umbau des Amtshauses.

Als Variante A wird statt eines Neu- oder Ausbaues der Verwaltung in Moorrege der Ausbau der sieben Bürgerbüros der Amtsgemeinden vorgeschlagen.

Ziel ist es, dass künftig alle Einwohner nicht nur alle Bürgerbüros für den Bürgerservice nutzen können, also beispielsweise dort ihre Ausweise beantragen, sondern auch weitere Dienstleistungen dort in Anspruch nehmen können. Was dorthin ausgelagert werden kann, prüft die Arbeitsgruppe Amtshaus.

Als Variante B wird vorgeschlagen, dass die Arbeitsgruppe prüft, welche Aufgaben über Heim-Arbeitsplätze erledigt werden können und ob es Mitarbeiter gibt, die bereit sind, sich auf diese Form der Arbeit einzulassen.

AD Jürgensen begrüßt, dass sich die Fraktion der Freien Wahlgemeinschaft Hetlingen konstruktiv mit der Raumsituation auseinandergesetzt hat. Zu den vorgeschlagenen alternativen Varianten gibt Herr Jürgensen einige Anmerkungen die dem Protokoll als **Protokollanlage Nr. 4** beigefügt werden.

Insbesondere wird darauf verwiesen, dass auch in den Außenstellen die räumlichen Kapazitäten ausgeschöpft sind. Unabhängig vom Standort und den beschränkten baulichen Möglichkeiten, würden ähnlich hohe Baukosten für Aus- oder Anbauten zu erwarten sein.

Die Auslagerung des Personals in verschiedene Außenstellen führt zu

deutlich höheren Reibungsverlusten und zusätzlichen Schwierigkeiten. Herr Jürgensen verweist auf den Bericht des Landesrechnungshofes aus dem Jahr 2014, wonach die Leistungen der Verwaltung und damit auch das Personal so weit wie möglich an einem Standort konzentriert werden sollten, damit mögliche Synergieeffekte genutzt werden können.

Hinsichtlich der Anregung zur Aufgabenerledigung über Heim-Arbeitsplätze wird erklärt, dass einzelne Mitarbeiter bereits diese Möglichkeit nutzen. Auch bei diesen Mitarbeitern ist eine komplette Aufgabenerledigung von zuhause nicht möglich. Ein Arbeitsplatz, der teilweise auch von mehreren Mitarbeitern genutzt wird, muss dennoch in der Verwaltung vorgehalten werden.

Bgm. Herrmann weist darauf hin, dass ein Großteil der Dienstleistungen mit persönlichem Kundenkontakt verbunden ist und daher nur wenige Arbeitsplätze ausgelagert oder als Heimarbeitsplatz umfunktioniert werden können.

Das Für und Wider der vorgeschlagenen Varianten wird ausgiebig erörtert. Insbesondere die dezentrale Personal- und Aufgabenverteilung stellt sich als problematisch dar, so dass die Konzentrierung der Kernverwaltung an einem Standort für sinnvoll erachtet wird.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss, dass sich die „Arbeitsgruppe Amtshaus“ mit den im Antrag der Freien Wahlgemeinschaft Hetlingen vorgeschlagenen alternativen Varianten befasst.

mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis: Ja: 1 Nein: 7 Enthaltung: 2 Befangen: 0

zu 9.1 Beschlussfassung über An- und Umbau bzw. Neubau des Amtshauses

Vor Eintritt in die Beratung gibt Frau Kaufmann eine persönliche Erklärung ab. Sie merkt an, dass für diesen Tagesordnungspunkt im Vorwege keine Sitzungsunterlagen verteilt wurden, so dass eine vernünftige Vorbereitung für die Beratung nicht möglich war.

Sie appelliert an die Bürgermeister, die Ausführungen in der heutigen Sitzung nur zur Kenntnis zu nehmen, bevor eine endgültige Beschlussfassung erfolgt.

Bgm. Neumann erklärt, dass der Arbeitskreis bewusst entschieden hat, im Vorwege keine Unterlagen zu verteilen, damit eine ausführliche und aktuelle Information sowie gemeinsame Aussprache im Rahmen der Sitzung erfolgt.

Der heutige Hauptausschuss kann lediglich eine Empfehlung abgeben. Die endgültige Entscheidung obliegt ausschließlich dem Amtsausschuss.

Herr Goetze erläutert den Sachverhalt sowie den aktuellen Stand anhand der Präsentation gemäß **Protokollanlage Nr. 5**.

Im Rahmen der letzten Amtsausschusssitzung wurde das Sanierungskonzept und Verkehrswertgutachten für das bestehende Amtshaus, das Ergebnis der Bauvoranfrage und eine alternative Anbauvariante vorgestellt. Die Arbeitsgruppe Amtshaus wurde ermächtigt, einen überarbeiteten Anbauentwurf als erneute Bauvoranfrage beim Kreis Pinneberg einzureichen. Im Vorwege sollte mit der Bauaufsichtsbehörde ein klärendes Gespräch geführt werden.

AD Jürgensen berichtet aus dem Abstimmungsgespräch mit der Bauaufsichtsbehörde, an dem Bgm. Herrmann, Herr Plettenberg, Herr Goetze und der Amtsdirektor teilgenommen haben.

Seitens des Kreises wurde eine ablehnende Haltung der planungsrechtlichen Beurteilung nach § 34 BauGB „Einfügen in die nähere Umgebung“ für die Erweiterung am Standort Moorrege bekräftigt.

Trotz Reduzierung des Baukörpers für den Anbau wurde die zwingende Notwendigkeit für die Aufstellung eines Bebauungsplanes festgestellt. Eine etwaige Baugenehmigung ohne B-Plan wird nicht erteilt.

Dabei wurde klargestellt, dass der B-Plan nicht nur das Areal des Amtshauses umfassen darf, sondern zwingend das Quartier einzubeziehen ist. Dabei sind auch die möglichen baulichen Entwicklungen, Verkehrsströme und weitere Auswirkungen zu betrachten. Zudem besteht das Erfordernis einer frühzeitigen Abstimmung mit der Nachbarschaft.

Aufgrund des Gespräches mit der Bauaufsicht hat sich die Arbeitsgruppe dafür ausgesprochen, vorab ein Gespräch mit den Amtshausanliegern zu führen.

An dem Gespräch mit den Amtshausanliegern haben Bgm. Herrmann, AV Rißler, Herr Plettenberg, Herr Wulff sowie AD Jürgensen teilgenommen. Den Anliegern wurde das bisherige Verfahren erläutert, der Entwurf mit der reduzierten Anbauvariante vorgestellt und die Notwendigkeit für die Aufstellung eines B-Planes erklärt.

Seitens der Nachbarschaft wurde signalisiert, dass Bedenken gegen die geplante Erweiterung des Amtshauses an dem jetzigen Standort bestehen. Von Anliegern wurde in dem Gespräch angekündigt, dass rechtliche Schritte gegen den B-Plan zu erwarten sind.

AD Jürgensen erklärt, dass bei der Aufstellung eines B-Planes die Möglichkeit eines sogenannten Normenkontrollverfahrens bei Gericht besteht. Unabhängig von dem Ausgang eines Normenkontrollverfahrens, ist zu befürchten, dass nach derzeitigen Erkenntnissen eine erhebliche Verzögerung bis zu einer endgültigen Entscheidung über die Zulässigkeit einer Anbauvariante am derzeitigen Standort eintritt. Unter Umständen könnten sich ein langwieriges Verfahren und ein Verzögerung um bis zu 5 Jahre ergeben.

Aufgrund der Erkenntnisse aus den Gesprächen wurde kein neuer Vorbescheidsantrag gestellt und auf die Einleitung eines weiteren Architektenwettbewerbs verzichtet.

Die richtige inhaltliche Wiedergabe und Wahrnehmung der Gesprächsinhalte wird von den Teilnehmern bestätigt.

Bgm. Weinberg ist erstaunt über das Verfahren im Hinblick auf die geführten Gespräche mit der Bauaufsicht und den Anliegern.

Bgm. Herrmann erklärt, dass der ursprüngliche Vorbescheid für den Anbau aufgrund der negativen Ergebnisse des Anhörverfahrens und der zu erwartenden Ablehnung zurückgezogen wurde. Das Gespräch mit der Bauaufsichtsbehörde hat mit dem überarbeiteten Anbauentwurf auf der Basis des Beschlusses des Amtsausschusses stattgefunden.

Anschließend stellt Bgm. Herrmann anhand der Präsentation die optimierten Entwürfe zu möglichen Amtshaus-Anbauten vor. Die Gestaltung des reduzierten Anbaues im Bereich der Buche wurde an die Ausführung des bestehenden Gebäudes angepasst.

Trotz Verringerung des Baukörpers und optischen Anpassungen ist seitens der Bauaufsicht eine Beurteilung nach § 34 BauGB „Einfügen in die nähere Umgebung“ nicht möglich.

Um auch für die Zukunft Erweiterungsmöglichkeiten am Standort Moorrege aufzuzeigen, wurde zusätzlich die ursprüngliche rückwärtige Anbauvariante skizziert, die derzeit nicht zur Ausführung käme. Bei einer etwaigen späteren Erweiterung in vielen Jahren, wäre vermutlich eine Lösung mit Tiefgarage notwendig.

Herr Goetze erläutert die Kostenberechnungen für einen Neubau in Heist und einen Anbau mit Sanierung in Moorrege. Die Kostenannahmen beruhen auf aktuellen Baukosten sowie dem Baupreisindex (BKI).

Für den Anbau sowie die notwendigen Umbauten und Sanierungen belaufen sich die Kosten am Standort Moorrege auf rd. 5,8 Mio €. Für einen Neubau in Heist ergeben sich einschließlich des Grundstückserwerbs voraussichtliche Kosten in Höhe von 9,8 Mio €.

Herr Plettenberg stellt fest, dass seine ursprüngliche Annahme für die Neubaukosten in Höhe von 10 Mio € bestätigt wird.

Bgm. Neumann weist darauf hin, dass die bisherigen Beratungen und Diskussionen zu jeder Zeit sehr offen und transparent geführt wurden. Die genannten Zahlen sind bereits seit langer Zeit bekannt. Lediglich hinsichtlich des Grunderwerbs und dem Verkehrswert des bestehenden Gebäudes haben sich die Kosten im vorangegangenen Amtsausschuss konkretisiert.

Anschließend stellt der Protokollführer, Herr Neumann die Finanzierungsmöglichkeiten für die beiden Varianten Anbau/Sanierung Amtshaus sowie Neubau Amtshaus vor und zeigt, welche finanziellen Auswirkungen die jeweiligen Varianten für das Amt bzw. die Gemeinden hätten.

Für eine Vergleichbarkeit der beiden Varianten wurde mit einer kompletten Darlehensfinanzierung der Gesamtkosten über eine Laufzeit von 30 Jahre gerechnet. Zudem wurde für eine bessere Darstellung mit einer Finanzierung in Form eines Annuitätendarlehens gerechnet.

Bei einem Annuitätendarlehen ergibt sich eine feste gleiche jährliche Rate

aus Tilgung und Zinsen über die gesamte Laufzeit. Anfänglich besteht ein höherer Zinsanteil an den Raten. Mit den Jahren steigt der Tilgungsanteil und der Zinsanteil sinkt.

Die Finanzierungsannahme basiert auf einem Zinssatz von 2,0 % mit einer Zinsbindung für die gesamte Laufzeit. Der tagesaktuelle Zinssatz liegt bei 1,94%.

Bei der Variante 1 mit Anbau und Sanierung beträgt bei dem Darlehensvolumen von 5,83 Mio. € die jährlich Annuität rd. 260.000 €.

Die Variante 2 mit Neubau des Amtshauses und einer Darlehenssumme von 9,78 Mio. € ergibt eine jährliche Annuität von rd. 436.000 €.

Alternativ bietet die Kreditanstalt für den Wiederaufbau (KfW) für kommunale Infrastruktur besonders zinsgünstige Darlehen. Bei einem Ratenkredit der KfW über 30 Jahre beträgt der Zinssatz tagesaktuelle 0,61%. Dieser Zinssatz wird jedoch nur mit einer Zinsbindung von 10 Jahren gewährt. Nach Ablauf der 10-jährigen Zinsbindung wird der Zinssatz angepasst. Je nachdem, wie sich der Zinssatz entwickelt, kann dies einen positiven Effekt auf die Gesamtfinanzierung haben. Etwaige Zinersparnisse könnten nach 10 Jahren für eine Teiltilgung eingesetzt werden. Eine Kombination der Finanzierung aus beiden Kreditvarianten wäre denkbar.

Um die finanziellen Auswirkungen auf die Amtsumlage sowie die jeweiligen Gemeinden einfacher darzustellen, wurde die Grundannahme mit jährlich unveränderten Annuitätenraten in den Finanzierungsbeispielen beibehalten.

Der aktuelle Amtsumlagesatz beläuft sich auf 13,5 %. Auf der Basis der aktuellen Umlagegrundlagen ergibt sich für 2018 eine Amtsumlage in Höhe von rd. 3.564.875 €.

Die jeweilige zusätzliche Annuitätenrate von 260.000 € bzw. 436.000 € würde sich im Verhältnis der Amtsumlage auf die amtsangehörigen Gemeinden verteilen.

Bei einem Jahresbetrag von 260.000 € würde der neue Amtsumlagesatz rd. 14,5 % betragen. Eine Jahresrate von 436.000 € führt zu einem neuen Amtsumlagesatz von rd. 15,15 %. Zum Vergleich liegt der Kreisumlagesatz aktuell bei 39,0 %.

Der jährliche Mehrbetrag beläuft sich am Beispiel der Gemeinde Neuendeich auf rd. 6.000 € bzw. rd. 10.000 €. Für die größte Gemeinde Appen beträgt der Anteil rd. 54.000 € bzw. rd. 90.500 €.

Für die jeweiligen Gemeinden ergibt sich im Vergleich von Anbau zu Neubau ein Unterschied von rd. 4.000 € (Neuendeich) bis hin zu 36.500 € (Appen).

Bei Betrachtung des Gesamtvolumens der gemeindlichen Haushalte liegt die sich durch die beiden Varianten ergebende Kostensteigerung im Durchschnitt zwischen 0,5 % und 1,2 % des jeweiligen Haushaltsvolumens.

Die endgültigen Zahlen sind insbesondere davon abhängig, wie sich die Baukosten und Zinsen sowie Fördermöglichkeiten tatsächlich entwickeln.

Zu den Fördermöglichkeiten führt Herr Jürgensen aus, dass es eine Zuweisung, wie sie beispielsweise die Stadt Elmshorn für das neue Rathaus aus der Städtebauförderung erhält, für ländliche Kommunen und Ämter nicht gibt. Herr Jürgensen verweist auf ein in der Abstimmung mit den Landesverbänden befindliches Förderprogramm aus Mitteln des Bundes für eine dauerhafte Investitionsförderung von Kommunen. Da der endgültige Verteilschlüssel für das Kommunalpaket noch nicht bekannt ist, wurde zunächst die schlechteste Variante einer kommunalen Förderung dargestellt. Danach könnte die amtsangehörigen Gemeinden eine dauerhafte Jahresentlastung in Höhe von rd. 95.000 € erfahren, durch die die Mehrbelastung gesenkt werden kann. Die tatsächliche Höhe und Festlegung der Bedingungen bleibt abzuwarten.

Im Anschluss an die Ausführungen schließt sich eine rege Diskussion an. Insbesondere die möglichen zeitlichen Verzögerungen im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens und die weitere Zukunftsperspektive an dem jetzigen Amtshausstandort werden ausgiebig erörtert.

Frau Kaufmann kann die baurechtlichen Schwierigkeiten für einen Anbau und die Ausführungen über ein Normenkontrollverfahren nicht nachvollziehen und würde sich eine fachliche Auskunft wünschen.

Hinsichtlich der Anliegerbedenken weist Herr Plettenberg darauf hin, dass die Erweiterung des Amtshauses am jetzigen Standort keine wesentliche zusätzliche Beeinträchtigung für die Nachbarschaft geben würde. Außerhalb der Dienstzeiten und am Wochenende herrscht Ruhe und kein Verkehr. Bei einer möglichen Wohnbebauung durch einen Investor würden stattdessen zahlreiche Wohnungen entstehen, durch die eine größere Beeinträchtigung der Nachbarschaft zu erwarten ist.

Auf die Frage einer Bürgerin, wie lange die Anbauvariante an dem jetzigen Standort ausreicht, verweist AD Jürgensen auf die bisherigen Erweiterungszeiträume des Amtshauses. Eine verlässliche Prognose ist jedoch nicht möglich.

Bgm. Schölermann fragt in die Runde, welche alternative dritte Variante besteht, wenn die Erweiterung am vorhandenen Standort aus baurechtlicher sowie zukunftsfähiger Sicht problematisch ist und ein Neubau für zu teuer erachtet wird.

Eine weitere Alternative kann nicht genannt werden.

Herr Lütje stellt fest, dass unstrittig ein Bedarf an einer Verbesserung der räumlichen Situation besteht. Aufgrund der Kosten und den finanziellen Auswirkungen für die Gemeinde Appen tendiert Herr Lütje eher zum Anbau, als zu der Neubauvariante.

Ein Bürger plädiert dafür, sich für einen Neubau des Amtshauses zu entscheiden. Das Amtsgebäude sollte den Anforderungen an eine moderne Verwaltung entsprechen. Der Neubau des Amtshauses stellt eine sinnvolle

Investition für die nächsten 30 Jahre dar. Die Entscheidung sollte nicht weiter herausgezögert werden, da der Zeitpunkt günstig ist und der Bedarf besteht.

Herr Strauch aus Hetlingen erklärt, dass der Neubau des Amtshauses im Vergleich zu einem Anbau und Sanierung die schnellere, nachhaltigere und kostensichere Variante bietet. Ein Anbau und insbesondere eine Sanierung birgt aus eigenen beruflichen Erfahrungen immer ein zusätzliches Risiko, da oftmals bei Altbauten unvorhergesehene Mängel zum Vorschein kommen, die zu einer Kostenexplosion führen können.

Bgm. Jürgensen erkundigt sich, ob gegebenenfalls auch die Finanzierung mit einem Investor erwogen wird und die Möglichkeit einer anderen Nutzungsform für das Amtshaus besteht. AD Jürgensen teilt mit, dass grundsätzlich die Möglichkeit besteht, wenn ein Neubau des Amtsgebäudes angestrebt wird.

Herr Behnisch merkt an, dass für das bestehende Amtsgebäude oder das Grundstück auch andere sinnvolle Nutzungsmöglichkeiten für die Gemeinde denkbar sind. Bei einer Erweiterung des Amtshauses wären zudem die dauerhaften Auswirkungen auf die Verkehrsbelastung der Amtsstraße besonders zu betrachten.

Herr Voßwinkel appelliert, den Blick in die Zukunft zu richten und plädiert für einen Neubau des Amtshauses. Auch, wenn die Beträge derzeit für die Gemeinden eine zusätzliche Belastung darstellen, besteht aufgrund der verbesserten wirtschaftlichen Situation eine gute Chance, den Neubau zu realisieren. Unter Berücksichtigung der Konjunkturprognosen sowie der Inflationsrate halten sich die Auswirkungen für die gemeindlichen Haushalte für die Folgejahre in einem vertretbaren Rahmen. Bei der Entscheidung über einen langwierigen Anbau mit Sanierung oder Neubau sollte auch an die Auswirkungen für die Mitarbeiter gedacht werden.

Bgm. Weinberg gibt zu Bedenken, dass die Investitionen letztendlich von den Bürgern zu tragen sind, denen die erheblichen Kosten kaum zu vermitteln sind.

Bgm. Banaschak verweist auf die zusätzliche finanzielle Belastung der gemeindlichen Haushalte. Die Gemeinde Appen trägt einen großen Anteil an den zu erwartenden Kosten. Für die weitreichende Entscheidung hätte er sich zunächst die Möglichkeit einer Beratung in den gemeindlichen Gremien gewünscht. Für ihn gibt es keine Entscheidung für oder gegen eine der Varianten ohne eine ausreichende Rückendeckung der Gemeinde.

Als Mitglied des Personalrates erklärt Herr Goetze, dass sich die Mitarbeiter der Amtsverwaltung trotz allem Verständnis für die finanziellen Auswirkungen nach einer Entscheidung sehnen, damit eine räumliche Verbesserung endlich begonnen werden kann.

Herr Wulff, der mit seinem Fachbereich in der Außenstelle Haseldorf un-

tergebracht ist, appelliert an die Politik, so schnell, wie möglich eine Entscheidung zu treffen. Durch die räumliche Trennung der Verwaltungsteile entstehen zunehmend weitere Reibungsverluste.

Laut Bgm. Schölermann sollte der Hauptausschuss zumindest eine Empfehlung an den Amtsausschuss geben, ob ein Anbau oder Neubau des Amtshauses favorisiert wird. Die vorgestellte Präsentation ist den Amtsausschussmitgliedern im Vorwege zu übermitteln, damit diese weiteren Informationen zur Sitzung vorliegen.

AD Jürgensen sagt eine kurzfristige Verteilung der Präsentation an alle Gemeindevertreter zu.

Da der Neubau des Amtshauses den weitergehenden Beschluss beinhaltet, wird zunächst über diese Variante abgestimmt.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss, sich für die Variante eines Neubaus des Amtshauses auf dem Grundstück der Gemeinde Heist an der Wedeler Chaussee/ B431 zu entscheiden.

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 8 Nein: 1 Enthaltung: 1 Befangen: 0

zu 10 Verschiedenes

zu 10.1 Möbel aus dem Dörpshus Neuendeich

Bgm. Pliquet teilt mit, dass für das Dörpshus Neuendeich neues Mobiliar angeschafft wird. Das bisherige Mobiliar kann kostengünstig abgegeben werden. Interessenten können sich melden.

zu 10.2 Berichte der Bürgermeister

Aus der Runde wird angeregt, die Berichte der Bürgermeister aus ihren Gemeinden zukünftig zu straffen, damit mehr Zeit für die übrigen Tagesordnungspunkte bleibt.

Bgm. Neumann hält den Austausch und die Information über die aktuellen gemeindlichen Themen für sinnvoll. Für die nächste Sitzung des Hauptausschusses soll die Reihenfolge der Tagesordnung geändert und der kurze Bürgermeisterbericht aus den Gemeinden an Ende des öffentlichen Sitzungsteils gesetzt werden.

Für die Richtigkeit:

Datum: 21.11.2017

gez. Jürgen Neumann
Vorsitzender

gez. Jens Neumann
Protokollführer